

Schweiz liefert Franzosen 300 Bankdossiers

In einer Geheimaktion liess man Paris Daten von UBS-Konten zukommen. Die Kunden wurden nicht informiert

Bern Die Schweiz ist im Steuerstreit mit Frankreich eingeknickt. In den letzten Wochen wurden 300 Kundendossiers von mutmasslichen Steuer-
ersündern, die ihr Konto bei der UBS haben, nach Paris geschickt. Dies, nachdem die Franzosen massiv Druck gemacht und der Bank mit einer Busse von bis zu 6 Milliarden Franken gedroht haben.

Um die Sache geheimzuhalten, wurden die Kunden nicht informiert. Damit wurde ein Verfahren gewählt, das erst seit dem 1. August möglich ist. So wird den Betroffenen die Möglichkeit zum Rekurs genommen. «Wird gegen die Verfügung Beschwerde erhoben, so kann lediglich die Feststellung der Rechtswidrigkeit verlangt werden», heisst es im neuen Steueramtshilfegesetz. Festlegen kann die Geheimhaltung die Steuerverwaltung. Würde die Bank oder sonst jemand die Kunden trotzdem informieren, müssten sie 10 000 Franken Busse bezahlen. Beim Finanzdepartement dementiert man die Datenlieferung nicht. Sprecher Roland Meier sagt: «Wir können einzelne Gesuche und genannte Zahlen weder bestätigen noch dementieren. Diese sind vertraulich.»

Paris versucht trotzdem, weiter Druck auf die UBS zu machen

Die Dossiers sind bereits in Frankreich angekommen und werden von

den Justizbehörden genutzt. Paris versucht trotzdem, weiter Druck auf die UBS zu machen. So musste der Leiter des Rechtsdienstes der Vermögensverwaltung drei Tage lang aussagen. Insbesondere wollen die Franzosen Informationen über das Ausmass des Geschäfts mit un versteuerten Vermögen, die Anzahl der involvierten Mitarbeiter sowie deren Namen.

Das sind alles Angaben, welche die USA von der UBS 2008 erhalten haben. Allerdings sagen die Schweizer, die Fälle seien nicht vergleichbar, mit den USA habe es seit 2001 ein Spezialabkommen, das sogenannte QI, gegeben, mit Frankreich nicht.

Im Fall Frankreich glaubt die Bank, nichts falsch gemacht zu haben. Sie will keine Busse bezahlen, sondern notfalls einen Prozess riskieren. Sprecher Dominique Gerster sagt: «Die Grundlagen für jegliche Berechnung in diesem Fall sind völlig konstruiert und spekulativ. Wir werden uns weiterhin mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen.»

Offenbar hat es im Vorfeld intensive Kontakte zwischen der UBS, den Franzosen und den Behörden in Bern gegeben. Nach dem Besuch von Frankreichs Finanzminister Michael Sapin im Juni wurde eine Vereinbarung unterzeichnet, die Gruppenanfragen zulässt – was zusammen mit dem neuen Amtshilfegesetz die Datenlieferung erst ermöglichte.

Arthur Rutishauser